



**Universität  
Zürich<sup>UZH</sup>**

**Institut für Erziehungswissenschaft**  
Lehrstuhl Sonderpädagogik  
Gesellschaft, Partizipation, Behinderung  
Freiestrasse 36, 8032 Zürich

Zürcher Hochschule  
für Angewandte Wissenschaften



**ZHAW**  
School of Management and Law  
Zentrum für Sozialrecht  
Gertrudstrasse 15, 8401 Winterthur



**Verein Tatkraft –  
Die Personenbotschafter**  
Rautistrasse 75, 8048 Zürich

Kurzbericht zur qualitativen Interviewstudie

## **Disabled in Politics**

Prof. Dr. Ingeborg Hedderich (wissenschaftliche Leitung)  
lic. phil. Claudia Spiess (operative Leitung und Koordination)  
Manuel Zanardini BA (Projektmitarbeit)  
Annina Fantoni BA (Projektmitarbeit)  
Melike Hocaoglu MA (Projektmitarbeit)  
Valentina Conca BA (Projektmitarbeit)

Mit Unterstützung durch das **Eidgenössische Büro für die  
Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen EBGB**



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung  
von Menschen mit Behinderungen EBGB**

## Was ist „Disabled in Politics“?

Das Projekt „Disabled in Politics“ ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Lehrstuhl für Sonderpädagogik der Universität Zürich (UZH),<sup>1</sup> dem Verein Tatkraft<sup>2</sup> und lic. iur. Tarek Naguib, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialrecht der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW).<sup>3</sup> Den Anstoss für das Projekt gab Islam Alijaj, Präsident des Vereins Tatkraft. Islam Alijaj hatte die persönliche Erfahrung gemacht, dass für ihn als Politiker mit Behinderung der Zugang zu einem politischen Amt stark erschwert war.

Das Projekt „Disabled in Politics“ thematisiert die Unterrepräsentation von Menschen mit Behinderung in der Schweizer Politik. Als Teil des Projekts wurde durch den Lehrstuhl für Sonderpädagogik der UZH eine qualitative Interviewstudie durchgeführt. Der Fokus der Forschungstätigkeit lag auf den persönlichen Erfahrungen der Diskriminierung in diesem Bereich. Das Interesse galt den Faktoren, die den Zugang zu politischen Ämtern sowie die politische Arbeit von Personen mit Behinderung in der Schweiz behindern oder unterstützen.

Das Projekt verfolgte ausserdem das Ziel, zur Verbesserung der Situation einen Massnahmenkatalog mit Empfehlungen, zuhanden von Behörden und Parteien, zu formulieren.<sup>4</sup>

## Was wurde mit der Interviewstudie untersucht?

Am Lehrstuhl für Sonderpädagogik wurden 41 Leitfadenterviews mit ehemaligen, aktiven und künftigen Politiker:innen mit Behinderung durchgeführt, davon 28 in der Deutschschweiz, zehn in der Romandie und drei im Tessin.

Bei der Untersuchung standen die Erfahrungen und Sichtweisen der betroffenen Personen im Zentrum. In der Studie wurden Hindernisse und Ressourcen, die den befragten Personen in ihrer politischen Laufbahn begegnen sowie ihre Empfehlungen zu Verbesserungsmassnahmen explorativ erfasst. *Hindernisse* umfassen alle Schwierigkeiten, auf welche Menschen mit Behinderung im Laufe ihrer politischen Karriere treffen und mit denen sie sich direkt auseinandersetzen müssen. *Ressourcen* stellen dagegen alle Gelegenheiten dar,

---

<sup>1</sup> Lehrstuhl für Sonderpädagogik: Gesellschaft, Partizipation und Behinderung, Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Zürich. Lehrstuhlinhaberin: Frau Prof. Dr. Ingeborg Hedderich. <https://www.ife.uzh.ch/de/research/gpb.html>

<sup>2</sup> <https://tatkraft.org/>

<sup>3</sup> <https://www.zhaw.ch/de/ueber-uns/person/nagu/>

<sup>4</sup> Den ausführlichen Forschungsbericht mit dem menschenrechtlichen Gutachten und dem Empfehlungskatalog sowie weitere Dokumente findet man auf [www.behindertenpolitik.ch](http://www.behindertenpolitik.ch).

welche Menschen mit Behinderung erlauben, sich politisch weiter zu entfalten, und die sie bei der Ausübung ihrer politischen Arbeit unterstützen. In ihren *Empfehlungen* formulieren die Interviewpartner:innen, was sie selbst an Verbesserungspotentialen identifizieren, um den politischen Alltag von Menschen mit Behinderung zu erleichtern und zugänglicher zu machen. Die Interviews wurden mit der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet.<sup>5</sup>

## **Was kam bei der empirischen Untersuchung heraus?**

In der Analyse der Interviewgespräche wurden sieben Bereiche herausgearbeitet, welchen die Hindernisse, Ressourcen und Empfehlungen zugeordnet werden konnten:

1. Politische Dynamiken und Strukturen im Schweizer Kontext
2. Einstellungen gegenüber Menschen mit Behinderung
3. Beeinträchtigung und personenbezogene Faktoren
4. Finanzielle Ressourcen
5. Barrierefreiheit
6. Rechtliche Strukturen
7. Unterstützung

Nachfolgend werden diese Bereiche auf dem Hintergrund von Beispielen aus den Interviews vorgestellt.

Mit Beeinträchtigung zu leben und gleichzeitig den Wunsch zu haben, sich politisch zu betätigen, heisst aktuell, sich überdurchschnittlich stark engagieren und repräsentieren zu müssen. Zusätzlich spielen *politische Dynamiken*, wie der Wahlkampf und die Strategien der Partei, eine entscheidende Rolle, denn die interviewten Menschen mit Behinderung erleben sich politischen Machtspielen noch stärker ausgesetzt als andere. Konkret heisst dies, dass einige Parteien dazu tendieren, Kandidat:innen zu bevorzugen, die keine Behinderung haben, da sie befürchten, sonst Stimmen zu verlieren. Gleichzeitig stellen andere Parteien Kandidat:innen mit Behinderung auf, um sich vor der Öffentlichkeit als "Inklusionspartei" auszuweisen. Die Ausrichtung der Partei gegenüber Themen wie Behinderung und Inklusion kann sich also sowohl negativ als auch positiv auf die politische Einbindung von Menschen mit Behinderung auswirken.

---

<sup>5</sup> Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (12. überarbeitete Auflage). Weinheim: Beltz.

Die *Einstellung gegenüber Menschen mit Behinderung* sowie das fehlende oder vorhandene Verständnis für ihre Situation, können, je nachdem, zu einem wesentlichen Hindernis oder zur Ressource für deren politische Partizipation werden. Wird einerseits von negativen Vorurteilen berichtet, welche zu diskriminierendem und respektlosem Verhalten gegenüber den Betroffenen führen, so gibt es andererseits auch positive Beispiele von konkreter Hilfsbereitschaft und moralischer Unterstützung, welche die politische Tätigkeit mit Beeinträchtigung erleichtert oder ermöglicht.

Von den Befragten wird die *jeweilige Beeinträchtigung* sehr oft als erschwerender Faktor für eine politische Karriere genannt. Dabei zeigt sich eine grosse Heterogenität der Beeinträchtigungen. Körperliche, psychische und kognitive Beeinträchtigungen, Sinnesbeeinträchtigungen und Beeinträchtigungen der Sprache und des Sprechens führen zu ganz unterschiedlichen Problemen und Konfliktsituationen mit den Umweltbedingungen. Dabei scheinen Körper- und Sehbeeinträchtigungen einer politischen Laufbahn weniger im Wege zu stehen als kognitive Beeinträchtigungen, Beeinträchtigungen des Sprechens und der Sprache sowie Gehörlosigkeit. Die Situation bei psychischer Beeinträchtigung ist komplizierter, da sie oft nicht sichtbar und gleichzeitig stark stigmatisiert ist. Unabhängig von der Art der Beeinträchtigung beschreiben die interviewten Personen mit Behinderung oftmals eine eingeschränkte Belastbarkeit. Es zeigt sich also, dass Personen mit Behinderung je nach Beeinträchtigung mit ganz unterschiedlichen Hindernissen zu kämpfen haben und ganz unterschiedliche Gleichstellungsmassnahmen benötigen. Insofern ist die Vorstellung einer homogenen Gruppe der Menschen mit Beeinträchtigung nicht zielführend. Eine Behinderung stellt im Leben jedoch grundsätzlich einen Nachteil dar. Personen mit Behinderung fordern in diesem Sinne keine Bevorteilung, sondern Massnahmen, um diesen Nachteil auszugleichen. Solche Massnahmen ermöglichen es ihnen erst, sich mit voller Kraft politisch zu engagieren und ihren Beitrag zu leisten.

Von den Interviewpartner:innen wird ein mangelhaft ausgeprägtes *Unterstützungssystem* angeprangert. Teilweise wird fehlende Unterstützung von Seiten der Behindertenorganisationen beklagt, welche sich aus der behaupteten politischen Neutralität der Behindertenorganisationen ergibt. Einige befragte Personen berichten aber auch von konkreter und zielführender Unterstützung durch ihre Organisationen. Zudem fehlt den Parteien selbst eine vertiefte Auseinandersetzung mit sowie das Wissen über das Thema Behinderung und die damit verbundene, sinnvolle Unterstützung. Menschen mit Behinderung sind mit einem System konfrontiert, das nicht wirklich behindertenfreundlich ist. Nichtsdestotrotz berichten viele

der Befragten, dass sie von Verwandten oder Kolleg:innen in ihrem politischen Alltag unterstützt werden. Menschen mit Behinderung, die schlussendlich den politischen Weg erfolgreich bewältigen, sehen sich als Vorbilder für andere Menschen mit Behinderung, die sich politisch engagieren möchten.

Im Ergebnisteil des Berichts werden verschiedene Ausschnitte aus den Interviews abgebildet. Dass in allen Bereichen sowohl Hindernisse als auch Ressourcen genannt und Empfehlungen gegeben wurden, zeigt auf, dass die gebildeten Bereiche nicht immer eindeutig voneinander abzugrenzen sind, sondern untereinander interagieren. So können beispielsweise fehlende *finanzielle Ressourcen*, die es braucht, um einen Wahlkampf zu führen, darauf zurückzuführen sein, dass die Person keinen angemessenen Zugang zu Bildung und Ausbildung hatte und deshalb kein ausreichendes Einkommen erarbeiten kann. Sie können aber auch darauf zurückzuführen sein, dass die gesetzlichen Grundlagen, um beispielsweise ausreichende Assistenz- oder Gebärdensprachdolmetschleistungen für die politische Arbeit zu bezahlen, angepasst werden müssen. Das Fehlen dieser gesetzlichen Grundlagen kann auf fehlendes Wissen oder gar negative Einstellungen in der Politik als auch bei der Stimmbevölkerung zurückzuführen sein.

Ein weiteres Beispiel bildet die fehlende bauliche *Barrierefreiheit*, welche auf Ignoranz (einstellungsbedingtes Hindernis) oder (vermeintlich) nicht ausreichende finanzielle Ressourcen zurückzuführen sein kann. Wie leicht für eine Person mit Behinderung der Zugang zu einem politischen Amt ist, hängt zudem von ihrer Beeinträchtigung ab. Diese beeinflusst wiederum die Bildungs- und Berufs- und damit Verdienstmöglichkeiten einer Person sowie die Angewiesenheit auf eine Invalidenrente. Grundsätzlich scheint es (beispielsweise) für Personen mit Mobilitäts- oder Sehbeeinträchtigung und Zugang zu akademischer Bildung deutlich leichter zu sein, eine politische Karriere zu machen, als für Personen mit unsichtbarer Behinderung (psychische oder kognitive Beeinträchtigung, Hirnverletzung, Autismus, ADHS u.a.), gehörlose Personen und Personen mit Sprach- oder Sprechstörungen.

Die erste Fragestellung der Untersuchung nach *Faktoren, welche den Zugang von Menschen mit Behinderung zu politischen Ämtern beeinflussen*, kann zusammenfassend folgendermassen beantwortet werden: Zusätzlich zu den behinderungsunabhängigen Faktoren, wie dem sozialen Hintergrund, eigenen Ressourcen und der eigenen Motivation, welche gemäss Norris und Lovenduski den Zugang zum politischen Amt beeinflussen, sind

Personen mit Beeinträchtigungen mit weiteren Faktoren konfrontiert.<sup>6</sup> Dabei spielen insbesondere (positive oder negative) Einstellungen gegenüber Menschen mit Behinderung in der Politik, zusätzliche finanzielle Belastung durch behinderungsbedingte Kosten (bzw. das Fehlen von klaren Regelungen der Kostenübernahme durch die öffentliche Hand), (Nicht-)Berücksichtigung der Barrierefreiheit in verschiedenen Bereichen, fehlende konkrete Unterstützung, strukturelle Benachteiligung und die Belastung durch das Leben mit Behinderung eine Rolle.

Die zweite Fragestellung nach den *Faktoren, welche die Arbeit von Personen mit Behinderung im politischen Amt beeinflussen*, kann folgendermassen beantwortet werden: Ist eine Person in ein politisches Amt gewählt, so sind dort vor allem die (Nicht-)Berücksichtigung der Barrierefreiheit sowie (vorhandene oder fehlende) konkrete Unterstützung relevant (z.B. Assistenz, Gebärdensprachdolmetscher). Ebenfalls oft thematisiert werden Faktoren der Arbeitsbelastung, wobei das Milizsystem in der Politik einen Vorteil darstellt.

### **Was zeigt sich auf dem Hintergrund des Supply-Demand-Modells?**

Insgesamt ergeben sich aus den Interviews kontrastierende Resultate, welche die Komplexität des beforschten Themas unterstreichen und die These untermauern, es existiere nicht eine einzige gültige Zauberformel, um mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Politik zu gewährleisten, sondern handle sich um eine Kombination unterschiedlicher Faktoren, die miteinander interagieren. Die Interviews erlauben, solche Komplexität besser und tiefer zu verstehen. Aus den erhaltenen Ergebnissen und auf dem Hintergrund des Modells über Angebot und Nachfrage von Norris und Lovenduski (1993), welches Einflussfaktoren beim Zugang zu politischen Ämtern abbildet, lassen sich dementsprechend unterschiedliche Ebenen unterscheiden:

- Entscheidung zur Kandidatur für ein politisches Amt
- Kandidatenselektion durch die Partei
- Wahlkampf und demokratischer Wahlprozess

Die Chancen auf ein politisches Amt hängen also auch von der Nachfrage nach Kandidat:innen ab. Diese ist auf den einzelnen Staatsebenen unterschiedlich gross. Auch die Parteausrichtung spielt hier eine Rolle. Schliesslich werden als übergreifende Einflussfaktoren

---

<sup>6</sup> Norris, P., & Lovenduski, J. (1993). 'If only more candidates came forward': Supply-side explanations of candidate selection in Britain. *British Journal of Political Science*, 23(3), 373-408.

die Rolle der Behindertenorganisationen, der Einfluss der konkreten Behinderungssituation (der die Art der Beeinträchtigung miteinschliesst) sowie die Finanzierung diskutiert.

## **Welche Empfehlungen konnten aus der Studie abgeleitet werden?**

Die gewonnenen Erkenntnisse fanden Eingang in den Massnahmenkatalog. Darin werden Empfehlungen dazu formuliert, wie die Hindernisse im Zugang zu politischen Ämtern und weitere Hindernisse, mit denen sich Personen mit Behinderung in der politischen Tätigkeit konfrontiert sehen, abgebaut werden können. Der Massnahmenkatalog enthält Empfehlungen in folgenden Bereichen:

- Institutionell-organisatorische Vorkehrungen: Massnahmen des Bundes, der Kantone, der Parteien und der Organisation
- Massnahmen zum Abbau von einstellungsbedingten Hindernissen
- Massnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit
- Vernetzung und Zusammenarbeit
- Konkrete Unterstützung - "Repertoire-Hilfe"

Der Massnahmenkatalog richtet sich an Parteileitungen auf allen Ebenen sowie Parlamentarier:innen und Politiker:innen ohne (und mit) Behinderung. Die Empfehlungen wurden in enger Zusammenarbeit zwischen den Kooperationspartner:innen erarbeitet. Der Verein Tatkraft erstellte eine Kurzversion des Massnahmenkatalogs.<sup>7</sup> Tatsächlich sind die Staaten gemäss Artikel 29 der Behindertenrechtskonvention verpflichtet, Personen mit Behinderung die Ausübung ihrer politischen Rechte gleichberechtigt zu ermöglichen. Dieses Grundrecht kann grundsätzlich nur eingefordert und nicht lediglich empfohlen werden. Der Begriff "Empfehlungen" bezieht sich demzufolge auf Art und Weise, wie dies geschehen soll.

---

<sup>7</sup> Der Massnahmenkatalog sowie weitere Dokumente, die aus dem Projekt entstanden sind, sind abrufbar unter [www.behindertenpolitik.ch](http://www.behindertenpolitik.ch) (Stand November 2021).